Europäisches Parlament
2024-2029

Haushaltsausschuss

2025/2247(BUI)

23.3.2026

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 99

Entwurf eines Berichts
Michalis Hadjipantela
(PE785.303v01-00)

über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2027 – Einzelplan I – Europäisches Parlament
(2025/2247(BUI))

Änderungsantrag 1
Céline Imart, Nadine Morano, Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf das Protokoll Nr. 6 zu den Verträgen über die Festlegung der Sitze der Organe und bestimmter Einrichtungen, sonstiger Stellen und Dienststellen der Europäischen Union,

Or. en

Änderungsantrag 2
Fabienne Keller, Lucia Yar

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die von Präsidentin Metsola am 16. Juni 2025 vorgeschlagenen Reformen,

Or. en

Änderungsantrag 3
Victor Negrescu

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Da. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament dafür sorgen sollte, dass die verfügbaren Ressourcen vorrangig für Maßnahmen eingesetzt werden, durch die seine Fähigkeit zur Bekämpfung von Desinformation sowie

ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung gestärkt, eine evidenzbasierte Politikgestaltung gefördert und die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere junge Menschen und schutzbedürftige Gruppen, besser erreicht werden;

Or. en

Änderungsantrag 4
Kai Tegethoff, Maria Ohisalo

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Da. in der Erwägung, dass die Kinderbetreuungsdienste des Parlaments mehrfach einen Wechsel der Auftragnehmer zu verzeichnen hatten, einschließlich der vorzeitigen Kündigung eines Vertrags; in der Erwägung, dass Berichte des Personals und der Gewerkschaften auf hohe Fehlzeiten, eine hohe Fluktuation und eine geringe Mitarbeiterzufriedenheit hindeuten;

Or. en

Änderungsantrag 5
Victor Negrescu

Entschließungsantrag
Erwägung D b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Db. in der Erwägung, dass der Ausbau der Kommunikationstätigkeiten und der Öffentlichkeitsarbeit, auch in der Nachbarschaft der Union, insbesondere in der Region der Östlichen Partnerschaft, von wesentlicher

Bedeutung ist, um die demokratische Resilienz, die Medienkompetenz und die Bürgerbeteiligung zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 6
Joachim Streit

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. ***ist besorgt über*** die Sachlage im Zusammenhang mit der Rubrik 7 im derzeitigen MFR; weist darauf hin, dass die knappen Mittel das Ergebnis der ***Kürzungen sind, die der Rat bei der Einigung*** über den MFR 2021-2027 ***gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission vornahm, in dem ohnehin ein sehr geringer Mittelumfang vorgesehen war***; ***bedauert, dass der Rat den Vorschlag der Kommission ablehnt, die Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR ab 2024 anzuheben; weist darauf hin, dass das Problem der*** Obergrenze ***der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR nicht angegangen wurde***; ***hebt hervor, dass der prognostizierte negative Spielraum für 2027 den Einsatz besonderer*** Instrumente ***in Rubrik 7 zu diesem Zweck voraussetzt***;	1. ***nimmt*** die Sachlage im Zusammenhang mit der Rubrik 7 im derzeitigen MFR ***zur Kenntnis***; weist darauf hin, dass die ***derzeitigen*** knappen Mittel das Ergebnis der ***Verhandlungen*** über den MFR 2021-2027 ***und die Notwendigkeit widerspiegeln, für eine Gesamthaushaltsdisziplin Sorge zu tragen***; ***betont, dass jede Anpassung der*** Obergrenze ***vor dem Hintergrund konkurrierender Prioritäten und des Ziels nachhaltiger öffentlicher Finanzen sorgfältig geprüft werden sollte***; ***betont, dass der Rückgriff auf besondere*** Instrumente ***eine Ausnahme bleiben, hinreichend begründet und auf unvorhergesehene Umstände beschränkt sein sollte***;

Or. en

Änderungsantrag 7
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. ist besorgt über die Sachlage im	1. ist besorgt über die Sachlage im

Zusammenhang mit der Rubrik 7 im derzeitigen MFR; weist darauf hin, dass die knappen Mittel das Ergebnis ***der Kürzungen sind, die der Rat bei der Einigung über den MFR 2021-2027 gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission vornahm, in dem ohnehin ein sehr geringer Mittelumfang vorgesehen war***; ***bedauert***, dass der Rat den Vorschlag der Kommission ablehnt, die Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR ab 2024 anzuheben; ***weist darauf hin, dass das Problem der Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR nicht angegangen wurde; hebt hervor, dass der prognostizierte negative Spielraum für 2027 den Einsatz besonderer Instrumente in Rubrik 7 zu diesem Zweck voraussetzt;***	Zusammenhang mit der Rubrik 7 im derzeitigen MFR; weist darauf hin, dass die knappen Mittel das Ergebnis ***von zu hohen Ausgaben der Union und der mangelnden Bereitschaft der Politik sind, Warnungen zu beachten***; ***stellt fest***, dass der Rat den Vorschlag der Kommission ablehnt, die Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR ab 2024 anzuheben;

Or. en

Änderungsantrag 8
Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. ist besorgt über die Sachlage im Zusammenhang mit der Rubrik 7 im derzeitigen MFR; weist darauf hin, dass ***die knappen Mittel das Ergebnis der Kürzungen sind, die*** der Rat bei der Einigung über den MFR 2021-2027 gegenüber dem ***ursprünglichen*** Vorschlag der Kommission ***vornahm, in dem ohnehin ein sehr geringer Mittelumfang vorgesehen war***; ***bedauert***, dass der Rat den Vorschlag der Kommission ablehnt, die Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR ab 2024 anzuheben; weist darauf hin, dass das Problem der Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR nicht angegangen wurde; ***hebt hervor, dass der***	1. ist besorgt über die Sachlage im Zusammenhang mit der Rubrik 7 im derzeitigen MFR; weist darauf hin, dass der Rat bei der Einigung über den MFR 2021-2027 gegenüber dem Vorschlag der Kommission ***erhebliche Kürzungen vorgenommen hat***; ***begrüßt***, dass der Rat den Vorschlag der Kommission ablehnt, die Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR ab 2024 anzuheben; weist darauf hin, dass das Problem der Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR nicht angegangen wurde;

prognostizierte negative Spielraum für 2027 den Einsatz besonderer Instrumente in Rubrik 7 zu diesem Zweck voraussetzt;

Or. en

Änderungsantrag 9
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. ist besorgt über die Sachlage im Zusammenhang mit der Rubrik 7 im derzeitigen MFR; weist darauf hin, dass die knappen Mittel das Ergebnis der Kürzungen sind, die der Rat bei der Einigung über den MFR 2021-2027 gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission vornahm, in dem ohnehin ein sehr geringer Mittelumfang vorgesehen war; bedauert, dass der Rat den Vorschlag der Kommission ablehnt, die Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR ab 2024 anzuheben; weist darauf hin, dass das Problem der Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR nicht angegangen wurde; hebt hervor, dass der prognostizierte negative Spielraum für 2027 den Einsatz besonderer Instrumente in Rubrik 7 zu diesem Zweck voraussetzt;	1. ist besorgt über die Sachlage im Zusammenhang mit der Rubrik 7 im derzeitigen MFR; weist darauf hin, dass die knappen Mittel das Ergebnis der Kürzungen sind, die der Rat bei der Einigung über den MFR 2021-2027 gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission vornahm, in dem ohnehin ein sehr geringer Mittelumfang vorgesehen war***, sowie der kumulierten Auswirkungen der über mehrere Jahre hinweg unerwartet hohen Inflation***; bedauert, dass der Rat den Vorschlag der Kommission ablehnt, die Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR ab 2024 anzuheben; weist darauf hin, dass das Problem der Obergrenze der Rubrik 7 bei der Überarbeitung des MFR nicht angegangen wurde; hebt hervor, dass der prognostizierte negative Spielraum für 2027 den Einsatz besonderer Instrumente in Rubrik 7 zu diesem Zweck voraussetzt;

Or. en

Änderungsantrag 10
Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. weist darauf hin, dass fast zwei Drittel des Haushalts durch in den Statuten verankerte Verpflichtungen bestimmt werden; weist erneut darauf hin, dass die Indexierung der Dienstbezüge gemäß dem Beamtenstatut und dem Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments derzeit von der Kommission für Juli 2026 auf 2,2 % und für Juli 2027 auf 2,3 % veranschlagt wird;	2. weist darauf hin, dass fast zwei Drittel des Haushalts durch in den Statuten verankerte Verpflichtungen bestimmt werden; weist erneut darauf hin, dass die Indexierung der Dienstbezüge gemäß dem Beamtenstatut und dem Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments derzeit von der Kommission für Juli 2026 auf 2,2 % und für Juli 2027 auf 2,3 % veranschlagt wird***, was in keiner Weise der tatsächlichen Situation der Mehrheit der Mitbürgerinnen und Mitbürger entspricht, die nicht in den Genuss einer solchen Indexierung kommen***;

Or. en

Änderungsantrag 11
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. stellt fest, dass von der Aufstockung um 60,6 Mio. EUR gegenüber dem Haushaltsplan 2026 eine Aufstockung um 33,3 Mio. EUR auf Verpflichtungen aus den Statuten zurückzuführen ist, wobei dies hauptsächlich die Anpassungen der Dienstbezüge für Beamte und Zeitbedienstete (16,2 Mio. EUR) und für Vertragsbedienstete (1,7 Mio. EUR) betrifft; ***stellt fest***, dass ab 2027 eine außerordentliche Direktbeihilfe für jeden Praktikanten in Luxemburg (bis zu 500 EUR pro Monat) vorgesehen ist, um sie bei der Bewältigung der steigenden Wohnkosten zu unterstützen;	3. stellt fest, dass von der Aufstockung um 60,6 Mio. EUR gegenüber dem Haushaltsplan 2026 eine Aufstockung um 33,3 Mio. EUR auf Verpflichtungen aus den Statuten zurückzuführen ist, wobei dies hauptsächlich die Anpassungen der Dienstbezüge für Beamte und Zeitbedienstete (16,2 Mio. EUR) und für Vertragsbedienstete (1,7 Mio. EUR) betrifft; ***begrüßt in diesem Zusammenhang auch***, dass ab 2027 eine außerordentliche Direktbeihilfe für jeden Praktikanten in Luxemburg (bis zu 500 EUR pro Monat) vorgesehen ist, um sie bei der Bewältigung der steigenden Wohnkosten zu unterstützen; ***begrüßt den Beschluss des Präsidiums, für das Jahr 2026 auf eine Indexierung der***

	allgemeinen Kostenvergütung zu verzichten, wodurch erhebliche Einsparungen bei den im Statut vorgesehenen Kosten ermöglicht werden, und fordert, dies auch für das Jahr 2027 vorzusehen;

Or. en

Änderungsantrag 12
Victor Negrescu

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. stellt fest, dass von der Aufstockung um 60,6 Mio. EUR gegenüber dem Haushaltsplan 2026 eine Aufstockung um 33,3 Mio. EUR auf Verpflichtungen aus den Statuten zurückzuführen ist, wobei dies hauptsächlich die Anpassungen der Dienstbezüge für Beamte und Zeitbedienstete (16,2 Mio. EUR) und für Vertragsbedienstete (1,7 Mio. EUR) betrifft; stellt fest, dass ab 2027 eine außerordentliche Direktbeihilfe für jeden Praktikanten in Luxemburg (bis zu 500 EUR pro Monat) vorgesehen ist, um sie bei der Bewältigung der steigenden Wohnkosten zu unterstützen;	3. stellt fest, dass von der Aufstockung um 60,6 Mio. EUR gegenüber dem Haushaltsplan 2026 eine Aufstockung um 33,3 Mio. EUR auf Verpflichtungen aus den Statuten zurückzuführen ist, wobei dies hauptsächlich die Anpassungen der Dienstbezüge für Beamte und Zeitbedienstete (16,2 Mio. EUR) und für Vertragsbedienstete (1,7 Mio. EUR) betrifft; stellt fest, dass ab 2027 eine außerordentliche Direktbeihilfe für jeden Praktikanten in Luxemburg (bis zu 500 EUR pro Monat) vorgesehen ist, um sie bei der Bewältigung der steigenden Wohnkosten zu unterstützen; ***fordert die Verwaltung auf, zu prüfen, ob es möglich ist, diese Wohnungszulage auf alle Praktikanten des Parlaments, unabhängig von ihrem Arbeitsort, auszuweiten, um Chancengleichheit und Zugänglichkeit für junge Menschen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Hintergrund sicherzustellen, insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten in Brüssel und Straßburg;***

Or. en

Änderungsantrag 13
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. stellt fest, dass von der Aufstockung um 60,6 Mio. EUR gegenüber dem Haushaltsplan 2026 eine Aufstockung um 33,3 Mio. EUR auf Verpflichtungen aus den Statuten zurückzuführen ist, wobei dies hauptsächlich die Anpassungen der Dienstbezüge für Beamte und Zeitbedienstete (16,2 Mio. EUR) und für Vertragsbedienstete (1,7 Mio. EUR) betrifft; stellt fest, dass ab 2027 eine außerordentliche Direktbeihilfe für jeden Praktikanten in Luxemburg (bis zu 500 EUR pro Monat) vorgesehen ist, um sie bei der Bewältigung der steigenden Wohnkosten zu unterstützen;	3. stellt fest, dass von der Aufstockung um 60,6 Mio. EUR gegenüber dem Haushaltsplan 2026 eine Aufstockung um 33,3 Mio. EUR auf Verpflichtungen aus den Statuten zurückzuführen ist, wobei dies hauptsächlich die Anpassungen der Dienstbezüge für Beamte und Zeitbedienstete (16,2 Mio. EUR) und für Vertragsbedienstete (1,7 Mio. EUR) betrifft; stellt fest, dass ab 2027 eine außerordentliche Direktbeihilfe für jeden Praktikanten in Luxemburg (bis zu 500 EUR pro Monat) vorgesehen ist, um sie bei der Bewältigung der steigenden Wohnkosten zu unterstützen; ***stellt fest, dass dies ein gewichtiges Argument dafür ist, bei der Wahl der Standorte für Tätigkeiten der EU die tatsächlichen Kosten zu berücksichtigen;***

Or. en

Änderungsantrag 14
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. nimmt zur Kenntnis, dass der für die Zulage für parlamentarische Assistenz vorgesehene Betrag auf der Grundlage der historischen Entwicklung geschätzt wird; betont, dass den Mitgliedern unter keinen Umständen das Recht entzogen

werden darf, diese Zulage im Einklang mit den einschlägigen Vorschriften in vollem Umfang in Anspruch zu nehmen, weil sie in dieser Haushaltslinie nicht verfügbar ist; fordert den Generalsekretär auf, die Situation genau zu überwachen, den Haushaltsausschuss über die Ausführung der Haushaltslinie zu unterrichten und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Gefahr besteht, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichen;

Or. en

Änderungsantrag 15
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. stellt fest, dass sich der Anstieg der nicht im Statut vorgesehenen Ausgaben zwischen 2026 und 2027 auf ***2,89 %*** beläuft;	5. stellt fest, dass sich der Anstieg der nicht im Statut vorgesehenen Ausgaben zwischen 2026 und 2027 ***im Einklang mit den interinstitutionellen Anforderungen*** auf ***2,0 %*** beläuft;

Or. en

Änderungsantrag 16
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***stellt fest***, dass sich der Anstieg der nicht im Statut vorgesehenen Ausgaben zwischen 2026 und 2027 auf 2,89 % beläuft;	5. ***bedauert***, dass sich der Anstieg der nicht im Statut vorgesehenen Ausgaben zwischen 2026 und 2027 auf 2,89 % beläuft; ***stellt fest, dass das Europäische Parlament angesichts der zahlreichen finanziellen Schwierigkeiten, denen die***

europäischen Bürgerinnen und Bürger derzeit ausgesetzt sind, statt einer Aufstockung eine Kürzung der Haushaltsmittel anstreben sollte;

Or. en

Änderungsantrag 17
Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***begrüßt*** die laufenden Anstrengungen des Generalsekretärs in den Bereichen Zusammenarbeit, Planung und Vereinfachung innerhalb der Verwaltung, die darauf abzielen, die Effizienz zu steigern, die Ressourcen effizient zu nutzen und nach Möglichkeit Einsparungen zu erzielen; fordert den Generalsekretär auf, dem Haushaltsausschuss regelmäßig aktuelle Informationen über die Umsetzung des Aktionsplans zur Verwaltungsvereinfachung und seine Auswirkungen in Bezug auf Haushalt und Personal zur Verfügung zu stellen;	6. ***nimmt*** die laufenden Anstrengungen des Generalsekretärs in den Bereichen Zusammenarbeit, Planung und Vereinfachung innerhalb der Verwaltung ***zur Kenntnis***, die darauf abzielen, die Effizienz zu steigern, die Ressourcen effizient zu nutzen und nach Möglichkeit Einsparungen zu erzielen; fordert den Generalsekretär auf, dem Haushaltsausschuss regelmäßig aktuelle Informationen über die Umsetzung des Aktionsplans zur Verwaltungsvereinfachung und seine Auswirkungen in Bezug auf Haushalt und Personal zur Verfügung zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 18
Joachim Streit

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. begrüßt die laufenden Anstrengungen des Generalsekretärs in den Bereichen Zusammenarbeit, Planung und Vereinfachung innerhalb der Verwaltung, die darauf abzielen, die Effizienz zu steigern, ***die*** Ressourcen ***effizient zu***	6. begrüßt die laufenden Anstrengungen des Generalsekretärs in den Bereichen Zusammenarbeit, Planung und Vereinfachung innerhalb der Verwaltung, die darauf abzielen, die Effizienz zu steigern, ***eine effiziente Nutzung der***

nutzen und ***nach Möglichkeit*** Einsparungen zu erzielen; fordert den Generalsekretär auf, dem Haushaltsausschuss regelmäßig aktuelle Informationen über die Umsetzung des Aktionsplans zur Verwaltungsvereinfachung ***und*** seine Auswirkungen ***in Bezug*** auf Haushalt und Personal zur Verfügung zu stellen;	Ressourcen ***sicherzustellen*** und Einsparungen zu erzielen; ***fordert klare und messbare Ziele für Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen;*** fordert den Generalsekretär auf, dem Haushaltsausschuss regelmäßig ***detaillierte*** aktuelle Informationen über die Umsetzung des Aktionsplans zur Verwaltungsvereinfachung, ***auch über*** seine ***konkreten*** Auswirkungen auf ***den*** Haushalt und ***das*** Personal zur Verfügung zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 19
Moritz Körner

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. betont, dass mit nur einem einzigen Sitz des Parlaments die CO_2-Emissionen des Parlaments drastisch reduziert werden könnten; betont, dass die Zahl der Dienstreisen und die damit verbundenen Kosten für die europäischen Steuerzahler drastisch sinken würden, wenn das Parlament nur einen einzigen Sitz hätte; weist darauf hin, dass es zahlreiche Erklärungen zugunsten eines einzigen Sitzes für das Europäische Parlament gibt, da diese Option hohe Symbolkraft hätte und effektiv Ressourceneinsparungen ermöglichen würde; bekräftigt seine Forderung nach einem einzigen Sitz des Europäischen Parlaments und seine Zusage, ein ordentliches Verfahren zur Änderung der Verträge gemäß Artikel 48 EUV einzuleiten, um die Änderungen an Artikel 341 AEUV und am Protokoll Nr. 6

vorzuschlagen, die erforderlich sind, damit das Parlament selbst über seinen Sitz und seine interne Organisation entscheiden kann;

Or. en

Änderungsantrag 20
Fabienne Keller, Joachim Streit, Lucia Yar

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. betont, dass das Parlament angesichts des geopolitischen Kontexts und der Investitionen, die die Europäische Union für ihre strategische Autonomie zu tätigen hat, bei der Verwaltung seines Haushaltsplans mit gutem Beispiel vorangehen muss;

Or. en

Änderungsantrag 21
Isabel Benjumea Benjumea

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. betont, dass es wichtig ist, für eine wirksame und effiziente Verwendung der Haushaltsmittel des Parlaments zu sorgen; fordert, dass die Mechanismen für die Berichterstattung gestärkt werden, um Transparenz und Rechenschaftspflicht zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 22
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. nimmt die Umwidmung der internen Ressourcen ***zur Kenntnis, was die*** Zahl der zugewiesenen Stellen (+15 % zwischen 2024 und 2026)***,*** die Mittelausstattung für externes Personal (Haushaltslinie 1400, von 3,2 Mio. EUR im Jahr 2024 auf 8 Mio. EUR im Jahr 2027) und die Mittel für externe Expertise (Haushaltslinie 3200, von 3,2 Mio. EUR im Jahr 2024 auf 7,7 Mio. EUR im Jahr 2027) ***betrifft, mit denen die Expertise, die den Mitgliedern zur Verfügung gestellt wird, gestärkt werden soll***; fordert den Generalsekretär auf, den Haushaltsausschuss regelmäßig über die Entwicklung des Personalbestands in diesen vier neuen Generaldirektionen zu informieren;	8. nimmt die Umwidmung der internen Ressourcen ***hinsichtlich der*** Zahl der zugewiesenen Stellen ***zur Kenntnis*** (+15 % von 2024 bis 2026)***; bedauert zutiefst*** die Mittelausstattung für externes Personal (Haushaltslinie 1400, von 3,2 Mio. EUR im Jahr 2024 auf 8 Mio. EUR im Jahr 2027) und die Mittel für externe Expertise (Haushaltslinie 3200, von 3,2 Mio. EUR im Jahr 2024 auf 7,7 Mio. EUR im Jahr 2027); fordert den Generalsekretär auf, den Haushaltsausschuss regelmäßig über die Entwicklung des Personalbestands in diesen vier neuen Generaldirektionen zu informieren;

Or. en

Änderungsantrag 23
Joachim Streit

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. nimmt die Umwidmung der internen Ressourcen zur Kenntnis, was die Zahl der zugewiesenen Stellen (+15 % zwischen 2024 und 2026), die Mittelausstattung für externes Personal (Haushaltslinie 1400, von 3,2 Mio. EUR im Jahr 2024 auf 8 Mio. EUR im Jahr 2027) und die Mittel für externe Expertise (Haushaltslinie 3200, von 3,2 Mio. EUR im Jahr 2024 auf 7,7 Mio. EUR im Jahr 2027) betrifft, mit denen die Expertise, die den Mitgliedern zur Verfügung gestellt	8. nimmt die Umwidmung der internen Ressourcen zur Kenntnis, was die Zahl der zugewiesenen Stellen (+15 % zwischen 2024 und 2026), die Mittelausstattung für externes Personal (Haushaltslinie 1400, von 3,2 Mio. EUR im Jahr 2024 auf 8 Mio. EUR im Jahr 2027) und die Mittel für externe Expertise (Haushaltslinie 3200, von 3,2 Mio. EUR im Jahr 2024 auf 7,7 Mio. EUR im Jahr 2027) betrifft, mit denen die Expertise, die den Mitgliedern

wird, gestärkt werden soll; fordert den Generalsekretär auf, den Haushaltsausschuss regelmäßig über die Entwicklung des Personalbestands in diesen vier neuen Generaldirektionen zu informieren;	zur Verfügung gestellt wird, gestärkt werden soll; ***betont, dass sichergestellt werden muss, dass diese Aufstockungen gerechtfertigt und verhältnismäßig bleiben und einen eindeutigen Mehrwert erbringen;*** fordert den Generalsekretär auf, den Haushaltsausschuss regelmäßig ***und detailliert*** über die Entwicklung ***und die Verwendung*** des Personalbestands in diesen vier neuen Generaldirektionen***, einschließlich ihres Mehrwerts,*** zu informieren;

Or. en

Änderungsantrag 24
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. betont, dass den Fraktionen bei der Bereitstellung von Fachwissen und politischer Unterstützung für die Mitglieder mit Blick auf ihre legislative und parlamentarische Arbeit große Bedeutung zukommt; hebt hervor, dass stets auf das wichtige Ziel, die Fähigkeit des Parlaments zur Unterstützung der Arbeit der Mitglieder zu stärken, hingearbeitet werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 25
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. stellt fest, dass sich das IT-Gesamtbudget im Voranschlag für 2027 auf 7,6 % des Gesamthaushalts bzw. auf 205 Mio. EUR beläuft; betont, dass eine solide Cybersicherheitsinfrastruktur in geopolitisch turbulenten Zeiten äußerst wichtig ist; weist darauf hin, dass die Mittel für Cybersicherheit schrittweise auf 10 % des IKT-Haushalts des Parlaments aufgestockt werden sollen; stellt fest, dass eine solche geplante Aufstockung so bald wie möglich umgesetzt werden sollte;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 26
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ***stellt fest***, dass sich der Gesamtbetrag für Cybersicherheit auf 16,9 Mio. EUR beläuft, was eine Aufstockung der zentralisierten Haushaltslinie für Cybersicherheit um 55 % gegenüber 2026 umfasst; ***weist darauf hin, dass Investitionen in die Cybersicherheit unerlässlich sind, um die demokratische Stimme des Parlaments und der EU zu schützen;***	10. ***bedauert***, dass sich der Gesamtbetrag für Cybersicherheit auf 16,9 Mio. EUR beläuft, was eine Aufstockung der zentralisierten Haushaltslinie für Cybersicherheit um 55 % gegenüber 2026 umfasst;

Or. en

Änderungsantrag 27
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. stellt fest, dass sich der Gesamtbetrag für Cybersicherheit auf 16,9 Mio. EUR beläuft, was eine Aufstockung der zentralisierten Haushaltslinie für Cybersicherheit um 55 % gegenüber 2026 umfasst; weist darauf hin, dass Investitionen in die Cybersicherheit unerlässlich sind, um die demokratische Stimme des Parlaments und der EU zu schützen;	10. ***betont, dass die Cybersicherheit des Parlaments in Zeiten geopolitischer Unsicherheit eine der wichtigsten Prioritäten ist;*** stellt fest, dass sich der Gesamtbetrag für Cybersicherheit auf 16,9 Mio. EUR beläuft, was eine Aufstockung der zentralisierten Haushaltslinie für Cybersicherheit um 55 % gegenüber 2026 umfasst; weist darauf hin, dass Investitionen in die Cybersicherheit unerlässlich sind, um die demokratische Stimme des Parlaments und der EU zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 28
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. stellt fest, dass sich der Gesamtbetrag für Cybersicherheit auf 16,9 Mio. EUR beläuft, was eine Aufstockung der zentralisierten Haushaltslinie für Cybersicherheit um 55 % gegenüber 2026 umfasst; weist darauf hin, dass Investitionen in die Cybersicherheit unerlässlich sind, um die demokratische Stimme des Parlaments und der EU zu schützen;	10. stellt fest, dass sich der Gesamtbetrag für Cybersicherheit auf 16,9 Mio. EUR beläuft, was eine Aufstockung der zentralisierten Haushaltslinie für Cybersicherheit um 55 % gegenüber 2026 umfasst; weist darauf hin, dass Investitionen in die Cybersicherheit unerlässlich sind, um die demokratische Stimme des Parlaments und der EU zu schützen ***und das ordnungsgemäße Funktionieren des Parlaments sicherzustellen***;

Or. en

Änderungsantrag 29
Victor Negrescu

Entschließungsantrag

Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das Parlament bei der Einführung verstärkt digitaler Arbeitsmethoden eine Vorreiterrolle übernehmen muss; begrüßt die Investitionen in künstliche Intelligenz (KI), die sich auf 1 Mio. EUR belaufen; fordert, dass der Einsatz von KI verstärkt wird, um Effizienzgewinne zu erzielen und die Souveränität in diesem Bereich zu erhöhen; hebt hervor, dass die KI das Potenzial hat, Verwaltungsverfahren zu straffen; fordert, dass klare Leitlinien ausgearbeitet und Schutzvorkehrungen vorgesehen werden, damit die KI verantwortungsvoll und transparent eingeführt wird, während zugleich Innovationen gefördert werden, wobei aber auch die Grundrechte, die Sicherheit und die Rechenschaftspflicht zu wahren sind; stellt fest, dass die Entwicklung der KI entsprechend den vom Präsidium festgelegten Grundsätzen genau überwacht werden wird;	11. betont, dass das Parlament bei der Einführung verstärkt digitaler Arbeitsmethoden eine Vorreiterrolle übernehmen muss; begrüßt die Investitionen in künstliche Intelligenz (KI), die sich auf 1 Mio. EUR belaufen; fordert, dass der Einsatz von KI verstärkt wird, um Effizienzgewinne zu erzielen und die Souveränität in diesem Bereich zu erhöhen; hebt hervor, dass die KI das Potenzial hat, Verwaltungsverfahren zu straffen; fordert, dass klare Leitlinien ausgearbeitet und Schutzvorkehrungen vorgesehen werden, damit die KI verantwortungsvoll und transparent eingeführt wird, während zugleich Innovationen gefördert werden, wobei aber auch die Grundrechte, die Sicherheit und die Rechenschaftspflicht zu wahren sind; stellt fest, dass die Entwicklung der KI entsprechend den vom Präsidium festgelegten Grundsätzen genau überwacht werden wird; ***betont, dass bei Investitionen in KI der Schwerpunkt nicht nur auf der Effizienz der Verwaltung, sondern auch auf der Verbesserung der demokratischen Transparenz und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger liegen sollte; fordert, dass KI-gestützte Instrumente entwickelt werden, die eine Verdolmetschung bzw. Übersetzung von Debatten in Echtzeit und vereinfachte Zusammenfassungen von Gesetzgebungsdossiers in allen Amtssprachen ermöglichen, um die Arbeit des Parlaments für die Öffentlichkeit und für Menschen mit Behinderungen leichter zugänglich zu machen;***

Or. en

Änderungsantrag 30
Fabienne Keller, Joachim Streit, Lucia Yar

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das Parlament bei der Einführung verstärkt digitaler Arbeitsmethoden eine Vorreiterrolle übernehmen muss; begrüßt die Investitionen in künstliche Intelligenz (KI), die sich auf 1 Mio. EUR belaufen; fordert, dass der Einsatz von KI verstärkt wird, um Effizienzgewinne zu erzielen und die Souveränität in diesem Bereich zu erhöhen; hebt hervor, dass die KI das Potenzial hat, Verwaltungsverfahren zu straffen; fordert, dass klare Leitlinien ausgearbeitet und Schutzvorkehrungen vorgesehen werden, damit die KI verantwortungsvoll und transparent eingeführt wird, während zugleich Innovationen gefördert werden, wobei aber auch die Grundrechte, die Sicherheit und die Rechenschaftspflicht zu wahren sind; stellt fest, dass die Entwicklung der KI entsprechend den vom Präsidium festgelegten Grundsätzen genau überwacht werden wird;	11. betont, dass das Parlament bei der Einführung verstärkt digitaler Arbeitsmethoden eine Vorreiterrolle übernehmen muss; begrüßt die Investitionen in künstliche Intelligenz (KI), die sich auf 1 Mio. EUR belaufen; fordert, dass der Einsatz von KI verstärkt wird, um Effizienzgewinne zu erzielen und die Souveränität in diesem Bereich zu erhöhen***, die damit einhergehenden Risiken, unter anderem in Bezug auf Ethik und Datenschutz, allerdings nicht außer Acht gelassen werden dürfen***; ***betont, dass beim Einsatz von KI ein Gleichgewicht zwischen Innovation und notwendigen Schutzvorkehrungen gewahrt werden muss;*** hebt hervor, dass die KI das Potenzial hat, Verwaltungsverfahren zu straffen; fordert, dass klare Leitlinien ausgearbeitet und Schutzvorkehrungen vorgesehen werden, damit die KI verantwortungsvoll und transparent eingeführt wird, während zugleich Innovationen gefördert werden, wobei aber auch die Grundrechte, die Sicherheit und die Rechenschaftspflicht zu wahren sind; stellt fest, dass die Entwicklung der KI entsprechend den vom Präsidium festgelegten Grundsätzen genau überwacht werden wird;

Or. en

Änderungsantrag 31
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das Parlament bei der	11. betont, dass das Parlament bei der

Einführung verstärkt digitaler Arbeitsmethoden eine Vorreiterrolle übernehmen muss; begrüßt die Investitionen in künstliche Intelligenz (KI), die sich auf 1 Mio. EUR belaufen; fordert, dass der Einsatz von KI verstärkt wird, um Effizienzgewinne zu erzielen und die Souveränität in diesem Bereich zu erhöhen; hebt hervor, dass die KI das Potenzial hat, Verwaltungsverfahren zu straffen; fordert, dass klare Leitlinien ausgearbeitet und Schutzvorkehrungen vorgesehen werden, damit die KI verantwortungsvoll und transparent eingeführt wird, während zugleich Innovationen gefördert werden, wobei aber auch die Grundrechte, die Sicherheit und die Rechenschaftspflicht zu wahren sind; stellt fest, dass die Entwicklung der KI entsprechend den vom Präsidium festgelegten Grundsätzen genau überwacht werden wird;	Einführung verstärkt digitaler Arbeitsmethoden eine Vorreiterrolle übernehmen muss; begrüßt die Investitionen in künstliche Intelligenz (KI) ***im geschlossenen Kreis (Closed-Loop)***, die sich auf 1 Mio. EUR belaufen; fordert, dass der Einsatz von KI verstärkt wird, um Effizienzgewinne zu erzielen und die Souveränität in diesem Bereich zu erhöhen; hebt hervor, dass die KI das Potenzial hat, Verwaltungsverfahren zu straffen; fordert, dass klare Leitlinien ausgearbeitet und Schutzvorkehrungen vorgesehen werden, damit die KI verantwortungsvoll und transparent eingeführt wird, während zugleich Innovationen gefördert werden, wobei aber auch die Grundrechte, die Sicherheit und die Rechenschaftspflicht zu wahren sind; stellt fest, dass die Entwicklung der KI entsprechend den vom Präsidium festgelegten Grundsätzen genau überwacht werden wird;

Or. en

Änderungsantrag 32
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. betont, dass der Beschaffung europäischer digitaler Lösungen und Cybersicherheitslösungen Vorrang eingeräumt werden muss, um eine echte digitale Souveränität sicherzustellen; ist besorgt darüber, dass unklar ist, ob die Verwaltung eine formale Risikobewertung in Bezug auf die anhaltende Abhängigkeit des Parlaments von außereuropäischen Anbietern durchgeführt hat; betont, dass der Übergang zu einer europäischen Infrastruktur unerlässlich ist, um den rechtlichen Schutz parlamentarischer Daten in der EU zu bewahren, das lokale

	Technologie-Ökosystem zu stärken und demokratische Institutionen vor Einflussnahme aus dem Ausland zu schützen; betont ferner, dass der Mehrwert der Aufrechterhaltung einer Präsenz auf X angesichts der zunehmenden Nichteinhaltung von EU-Vorschriften, der Verbreitung von Bots und der unverhohlenen Feindseligkeit der Unternehmensführung gegenüber der Union rasch abnimmt; fordert, dass die Mittel, die derzeit für diese Plattform aufgewendet werden, für sicherere und gesetzeskonforme Kommunikationskanäle bereitgestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 33
Fabienne Keller, Lucia Yar

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***begrüßt*** den neuen Ansatz in Bezug auf Gebäude, der nunmehr auf Konsolidierung ausgerichtet ist, anstatt neue Gebäude zu erwerben, wobei Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Mobilität berücksichtigt werden;	13. ***würdigt*** den neuen Ansatz in Bezug auf Gebäude, der nunmehr auf Konsolidierung ausgerichtet ist, anstatt neue Gebäude zu erwerben, wobei Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Mobilität berücksichtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 34
Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***begrüßt*** den neuen Ansatz in Bezug auf Gebäude, der nunmehr auf	13. ***nimmt*** den neuen Ansatz in Bezug auf Gebäude ***zur Kenntnis***, der nunmehr

Konsolidierung ausgerichtet ist, anstatt neue Gebäude zu erwerben, wobei Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Mobilität berücksichtigt werden;	auf Konsolidierung ausgerichtet ist, anstatt neue Gebäude zu erwerben, wobei Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Mobilität berücksichtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 35
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. begrüßt den neuen Ansatz in Bezug auf Gebäude, der nunmehr auf Konsolidierung ausgerichtet ist, anstatt neue Gebäude zu erwerben, wobei Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Mobilität berücksichtigt werden;	13. begrüßt den neuen Ansatz in Bezug auf Gebäude, der nunmehr auf Konsolidierung ausgerichtet ist, anstatt neue Gebäude zu erwerben, wobei Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Mobilität ***der Mitglieder und Bediensteten sowie der Besucher*** berücksichtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 36
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. ***stellt fest***, dass die Renovierung des SPAAK-Gebäudes im Jahr 2027 beginnt; nimmt zur Kenntnis, dass für die Renovierung ein Gesamtbudget von 455 Mio. EUR festgelegt wurde und dass für 2027 77,67 Mio. EUR eingeplant sind; ***betont***, dass diese Kosten nicht im Haushaltsplan 2027 enthalten sind;	14. bedauert, dass die Renovierung des SPAAK-Gebäudes im Jahr 2027 beginnt***, und dass sie auf der Grundlage eines Darlehens durchgeführt wird***; nimmt zur Kenntnis, dass für die Renovierung ein Gesamtbudget von 455 Mio. EUR festgelegt wurde und dass für 2027 77,67 Mio. EUR eingeplant sind; ***ist erstaunt***, dass diese Kosten nicht im Haushaltsplan 2027 enthalten sind;

Or. en

Änderungsantrag 37
Céline Imart, Nadine Morano, Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. stellt fest, dass die Renovierung des SPAAK-Gebäudes im Jahr 2027 beginnt; nimmt zur Kenntnis, dass für die Renovierung ein Gesamtbudget von 455 Mio. EUR festgelegt wurde und dass für 2027 77,67 Mio. EUR eingeplant sind; betont, dass diese Kosten nicht im Haushaltsplan 2027 enthalten sind;	14. stellt fest, dass die Renovierung des SPAAK-Gebäudes im Jahr 2027 beginnt; nimmt zur Kenntnis, dass für die Renovierung ein Gesamtbudget von 455 Mio. EUR festgelegt wurde und dass für 2027 77,67 Mio. EUR eingeplant sind; betont, dass diese Kosten nicht im Haushaltsplan 2027 enthalten sind; ***stellt fest, dass die Renovierungsarbeiten die Verfügbarkeit der parlamentarischen Infrastruktur in Brüssel vorübergehend einschränken werden; weist darauf hin, dass das Parlament über voll funktionsfähige Einrichtungen in Straßburg, dem Sitz des Europäischen Parlaments, verfügt; ist der Ansicht, dass vor dem Hintergrund von knappen Haushaltsmitteln die optimale Nutzung der bestehenden Infrastrukturen die Grundlage für infrastrukturbezogene Entscheidungen sein sollte; vertritt daher die Auffassung, dass eine verstärkte Nutzung der bestehenden Einrichtungen während des Renovierungszeitraums die Kontinuität der parlamentarischen Tätigkeiten sicherstellen und gleichzeitig zu einer kosteneffizienten Organisation der Arbeiten beitragen könnte; betont, dass für eine ausgewogene Nutzung der Arbeitsorte des Parlaments gesorgt werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag 38
Joachim Streit

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. stellt fest, dass die Renovierung des SPAAK-Gebäudes im Jahr 2027 beginnt; nimmt zur Kenntnis, dass für die Renovierung ein Gesamtbudget von 455 Mio. EUR festgelegt wurde und dass für 2027 77,67 Mio. EUR eingeplant sind; betont, dass diese Kosten nicht im Haushaltsplan 2027 enthalten sind;	14. stellt fest, dass die Renovierung des SPAAK-Gebäudes im Jahr 2027 beginnt; nimmt zur Kenntnis, dass für die Renovierung ein Gesamtbudget von 455 Mio. EUR festgelegt wurde und dass für 2027 77,67 Mio. EUR eingeplant sind; betont, dass diese Kosten nicht im Haushaltsplan 2027 enthalten sind; ***betont, dass während der gesamten Durchführung des Projekts eine strenge Kostenkontrolle, Transparenz und die Einhaltung des geplanten Budgets sichergestellt werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 39
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. stellt fest, dass die Renovierung des SPAAK-Gebäudes im Jahr 2027 beginnt; nimmt zur Kenntnis, dass für die Renovierung ein Gesamtbudget von 455 Mio. EUR festgelegt wurde und dass für 2027 77,67 Mio. EUR eingeplant sind; betont, dass diese Kosten nicht im Haushaltsplan 2027 enthalten sind;	14. stellt fest, dass die ***umweltfreundliche*** Renovierung des SPAAK-Gebäudes im Jahr 2027 beginnt; nimmt zur Kenntnis, dass für die Renovierung ein Gesamtbudget von 455 Mio. EUR festgelegt wurde und dass für 2027 77,67 Mio. EUR eingeplant sind; betont, dass diese Kosten nicht im Haushaltsplan 2027 enthalten sind;

Or. en

Änderungsantrag 40
Julien Sanchez, Angéline Furet

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. spricht sich gegen die vom Präsidium im Dezember 2023 beschlossene Renovierung des SPAAK-Gebäudes des Europäischen Parlaments in Brüssel mit geschätzten Gesamtkosten von 455 Mio. EUR , von denen 77,67 Mio. EUR für 2027 vorgesehen sind, aus; weist darauf hin, dass Straßburg der offizielle Sitz des Europäischen Parlaments ist; betont, dass die Aufrechterhaltung eines Systems mit zwei Sitzen nach wie vor zu einer ungerechtfertigten Streuung der Haushaltsmittel führt; fordert, dass die Tätigkeiten in Straßburg zentralisiert werden, was dazu beitragen würde, die durch zwei Standorte bedingten Entlassungen aus finanziellen Gründen zu begrenzen und die Neuzuweisung dieser umfangreichen Mittel für die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 41
Julien Sanchez, Angéline Furet

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14b. ist besorgt, dass keine detaillierte Aufschlüsselung der auf 455 bis 490 Mio. EUR geschätzten Kosten für die geplante Renovierung des SPAAK-Gebäudes des Europäischen Parlaments in Brüssel vorliegt; betont, dass ein solcher Mangel an Transparenz bei einem Projekt dieser Größenordnung äußerst problematisch ist und Bedenken hinsichtlich möglicher Kostenüberschreitungen aufkommen

lässt, insbesondere angesichts der Kostenüberschreitungen, die bei mehreren früheren europäischen Bauprojekten (Berlaymont, Europa-Gebäude, Gerichtshof, EMA, KAD II usw.) zu verzeichnen waren;

Or. en

Änderungsantrag 42
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. ***nimmt zur Kenntnis***, dass das Parlament beabsichtigt, Kredite, unter anderem bei der Europäischen Investitionsbank, aufzunehmen, um das Projekt zur Renovierung des SPAAK-Gebäudes zu finanzieren; stellt fest, dass im Haushalt für 2027 die Kosten im Zusammenhang mit den Zinsen (3,17 Mio. EUR) und der Kapitalrückzahlung (0,65 Mio. EUR) veranschlagt sind; fordert die Verwaltung auf, den Haushaltsausschuss über die geltenden Zinssätze für die Kredite und die langfristige Planung der Rückzahlung des Kapitalbetrags auf dem Laufenden zu halten;	15. ***bedauert zutiefst***, dass das Parlament beabsichtigt, Kredite, unter anderem bei der Europäischen Investitionsbank, aufzunehmen, um das Projekt zur Renovierung des SPAAK-Gebäudes zu finanzieren; stellt fest, dass im Haushalt für 2027 die Kosten im Zusammenhang mit den Zinsen (3,17 Mio. EUR) und der Kapitalrückzahlung (0,65 Mio. EUR) veranschlagt sind; fordert die Verwaltung auf, den Haushaltsausschuss über die geltenden Zinssätze für die Kredite und die langfristige Planung der Rückzahlung des Kapitalbetrags auf dem Laufenden zu halten;

Or. en

Änderungsantrag 43
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. nimmt zur Kenntnis, dass das	15. nimmt zur Kenntnis, dass das

Parlament beabsichtigt, Kredite, unter anderem bei der Europäischen Investitionsbank, aufzunehmen, um das Projekt zur Renovierung des SPAAK-Gebäudes zu finanzieren; stellt fest, dass im Haushalt für 2027 die Kosten im Zusammenhang mit den Zinsen (3,17 Mio. EUR) und der Kapitalrückzahlung (0,65 Mio. EUR) veranschlagt sind; fordert die Verwaltung auf, den Haushaltsausschuss über die geltenden Zinssätze für die Kredite und die langfristige Planung der Rückzahlung des Kapitalbetrags auf dem Laufenden zu halten;	Parlament beabsichtigt, Kredite, unter anderem bei der Europäischen Investitionsbank, aufzunehmen, um das Projekt zur Renovierung des SPAAK-Gebäudes zu finanzieren; stellt fest, dass im Haushalt für 2027 die Kosten im Zusammenhang mit den Zinsen (3,17 Mio. EUR) und der Kapitalrückzahlung (0,65 Mio. EUR) veranschlagt sind; ***besteht darauf, dass auch Kosten, die nicht unmittelbar mit den Renovierungsarbeiten in Zusammenhang stehen, eindeutig aufgeführt und im Haushaltsplan ausgewiesen werden;*** fordert die Verwaltung auf, den Haushaltsausschuss über die geltenden Zinssätze für die Kredite und die langfristige Planung der Rückzahlung des Kapitalbetrags auf dem Laufenden zu halten;

Or. en

Änderungsantrag 44
Joachim Streit

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. nimmt zur Kenntnis, dass das Parlament beabsichtigt, Kredite, unter anderem bei der Europäischen Investitionsbank, aufzunehmen, um das Projekt zur Renovierung des SPAAK-Gebäudes zu finanzieren; stellt fest, dass im Haushalt für 2027 die Kosten im Zusammenhang mit den Zinsen (3,17 Mio. EUR) und der Kapitalrückzahlung (0,65 Mio. EUR) veranschlagt sind; fordert die Verwaltung auf, den Haushaltsausschuss über die geltenden Zinssätze für die Kredite und die langfristige Planung der Rückzahlung des Kapitalbetrags auf dem Laufenden zu halten;	15. nimmt zur Kenntnis, dass das Parlament beabsichtigt, Kredite, unter anderem bei der Europäischen Investitionsbank, aufzunehmen, um das Projekt zur Renovierung des SPAAK-Gebäudes zu finanzieren; stellt fest, dass im Haushalt für 2027 die Kosten im Zusammenhang mit den Zinsen (3,17 Mio. EUR) und der Kapitalrückzahlung (0,65 Mio. EUR) veranschlagt sind; fordert die Verwaltung auf, den Haushaltsausschuss über die geltenden Zinssätze für die Kredite und die langfristige Planung der Rückzahlung des Kapitalbetrags auf dem Laufenden zu halten; ***betont, dass die Fremdkapitalkosten minimiert, ein umsichtiges Schuldenmanagement***

sichergestellt und übermäßige langfristige Haushaltsbelastungen vermieden werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 45
Julien Sanchez, Angéline Furet

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. spricht sich entschieden dagegen aus, dass das Parlament zur Finanzierung der Renovierung des SPAAK-Gebäudes Fremdkapital, unter anderem bei der Europäischen Investitionsbank, aufnehmen will; verurteilt, dass zur Finanzierung nicht unbedingt notwendiger Verwaltungsausgaben Fremdkapital aufgenommen wird, und stellt fest, dass dies eine unverantwortliche Haushaltsführung und eine nicht gerechtfertigte finanzielle Belastung für die künftigen Haushalte und letztlich für die europäischen Steuerzahler darstellt; betont, dass der Haushalt für 2027 bereits Kosten für Zinsen (3,17 Mio. EUR) und Kapitalrückzahlungen (0,65 Mio. EUR) enthält, was zu einem stetigen Anstieg der Verwaltungsausgaben führt; fordert, dass für dieses Projekt auf die Aufnahme von Fremdkapital verzichtet wird;

Or. en

Änderungsantrag 46
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag

Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ***bedauert, dass es Verzögerungen bei der Einrichtung der Ausstellung*** „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten ***gibt***; ***nimmt das vom Präsidium am 31. März 2025 gebilligte neue Konzept zur Kenntnis, wonach die Nutzung der Räumlichkeiten, die für Ausstellungen „Erlebnis Europa“ erforderlich sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Umstände in den Mitgliedstaaten optimiert werden soll; betont, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ ein ansprechendes Besuchererlebnis bietet, damit sie für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist; fordert, dass weitere*** Ausstellungen „Erlebnis Europa“ ***eingerichtet werden, wobei den Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt werden sollte, die am weitesten von den drei Arbeitsorten entfernt sind, und sicherzustellen ist, dass die Entwicklung und der Betrieb kosteneffizient sind***; ***weist erneut darauf hin, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ allen Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Verständnis der Funktionsweise der Unionsorgane vermitteln sollte;***	16. ***spricht sich dagegen aus, dass immer mehr Ausstellungen*** „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten ***eingerichtet werden***; ***stellt fest, dass solche*** Ausstellungen „Erlebnis Europa“ ***nicht nötig wären, wenn das Europäische Parlament seine demokratische Arbeit ordnungsgemäß erledigen würde***;

Or. en

Änderungsantrag 47
Tobiasz Bocheński

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ***bedauert, dass es Verzögerungen bei der Einrichtung der Ausstellung „Erlebnis Europa“ in allen***	16. nimmt das vom Präsidium am 31. März 2025 gebilligte neue Konzept zur Kenntnis, wonach die Nutzung der

Mitgliedstaaten gibt; nimmt das vom Präsidium am 31. März 2025 gebilligte neue Konzept zur Kenntnis, wonach die Nutzung der Räumlichkeiten, die für Ausstellungen „Erlebnis Europa“ erforderlich sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Umstände in den Mitgliedstaaten optimiert werden soll; betont, dass ***es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die*** Ausstellung „Erlebnis Europa“ ***ein ansprechendes Besuchererlebnis bietet, damit sie für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist***; fordert, dass weitere Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eingerichtet werden, wobei den Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt werden sollte, die am weitesten von den drei Arbeitsorten entfernt sind, und ***sicherzustellen ist***, dass die Entwicklung und der Betrieb kosteneffizient sind; ***weist erneut darauf hin, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ allen*** Bürgerinnen und ***Bürgern ein besseres Verständnis der*** Funktionsweise der Unionsorgane ***vermitteln sollte***;

Räumlichkeiten, die für Ausstellungen „Erlebnis Europa“ erforderlich sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Umstände in den Mitgliedstaaten optimiert werden soll; betont, dass ***vor dem Hintergrund der derzeitigen wirtschaftlichen Beschränkungen und der sich entwickelnden digitalen Kommunikation der Mehrwert und die Notwendigkeit weiterer physischer Standorte der*** Ausstellung „Erlebnis Europa“ ***sorgfältig überdacht werden sollten***; fordert, dass weitere Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eingerichtet werden, wobei den Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt werden sollte, die am weitesten von den drei Arbeitsorten entfernt sind, und ***im Rahmen der Ausstellungen „Erlebnis Europa“ sichergestellt werden sollte***, dass die Entwicklung und der Betrieb kosteneffizient sind; ***ist der Ansicht, dass der Optimierung und Rationalisierung der vorhandenen Mittel Vorrang vor dem Ausbau des Netzes eingeräumt werden sollte, wobei sichergestellt werden muss, dass die*** Bürgerinnen und ***Bürger die*** Funktionsweise der Unionsorgane ***über effizientere und modernere Kanäle besser verstehen können***;

Or. en

Änderungsantrag 48
Joachim Streit

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ***bedauert***, dass es Verzögerungen bei der Einrichtung der Ausstellung „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten gibt; nimmt das vom Präsidium am 31. März 2025 gebilligte neue Konzept zur Kenntnis, ***wonach die Nutzung der Räumlichkeiten, die für*** Ausstellungen „Erlebnis Europa“ ***erforderlich sind, unter***	16. ***nimmt zur Kenntnis***, dass es Verzögerungen bei der Einrichtung der Ausstellung „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten gibt; nimmt das vom Präsidium am 31. März 2025 gebilligte neue Konzept zur Kenntnis***; betont, dass die Kosteneffizienz und der Mehrwert der Standorte der*** Ausstellungen „Erlebnis

Berücksichtigung der unterschiedlichen Umstände in den Mitgliedstaaten optimiert werden soll; betont, dass es wichtig ist, ***dafür zu sorgen, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ ein ansprechendes Besuchererlebnis bietet, damit sie für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist***; ***fordert, dass weitere Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eingerichtet werden, wobei den Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt werden sollte, die am weitesten von den drei Arbeitsorten entfernt sind, und sicherzustellen ist, dass die Entwicklung und der Betrieb kosteneffizient sind; weist erneut darauf hin, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ allen Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Verständnis der Funktionsweise der Unionsorgane vermitteln sollte;***

Europa“ ***vor einer weiteren Ausweitung sorgfältig geprüft werden müssen***; ***fordert, dass ein umsichtiger und verhältnismäßiger Ansatz verfolgt wird, bei dem Standorten Vorrang eingeräumt wird, für die ein eindeutiger Bedarf und eindeutige Auswirkungen nachgewiesen werden können;*** betont, dass es wichtig ist, ***unnötige Überschneidungen mit bestehenden Informationsstrukturen der Union oder der Mitgliedstaaten zu vermeiden***;

Or. en

Änderungsantrag 49
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. bedauert, dass es Verzögerungen bei der Einrichtung der Ausstellung „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten gibt; ***nimmt*** das vom Präsidium am 31. März 2025 gebilligte neue Konzept ***zur Kenntnis***, wonach die Nutzung der Räumlichkeiten, die für Ausstellungen „Erlebnis Europa“ erforderlich sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Umstände in den Mitgliedstaaten optimiert werden soll; betont, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ ein ansprechendes Besuchererlebnis bietet, damit sie für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist;	16. bedauert, dass es Verzögerungen bei der Einrichtung der Ausstellung „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten gibt; ***begrüßt*** das vom Präsidium am 31. März 2025 gebilligte neue Konzept, wonach die Nutzung der Räumlichkeiten, die für Ausstellungen „Erlebnis Europa“ erforderlich sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Umstände in den Mitgliedstaaten optimiert werden soll; betont, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ ein ansprechendes Besuchererlebnis bietet, damit sie für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist; fordert, dass weitere

fordert, dass weitere Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eingerichtet werden, wobei den Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt werden sollte, die am weitesten von den drei Arbeitsorten entfernt sind, und sicherzustellen ist, dass die Entwicklung und der Betrieb kosteneffizient sind; weist erneut darauf hin, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ allen Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Verständnis der Funktionsweise der Unionsorgane vermitteln sollte;

Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eingerichtet werden, wobei den Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt werden sollte, die am weitesten von den drei Arbeitsorten entfernt sind, und sicherzustellen ist, dass die Entwicklung und der Betrieb kosteneffizient sind; weist erneut darauf hin, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ allen Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Verständnis der Funktionsweise der Unionsorgane vermitteln sollte;

Or. en

Änderungsantrag 50
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. bedauert, dass es Verzögerungen bei der Einrichtung der Ausstellung „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten gibt; nimmt das vom Präsidium am 31. März 2025 gebilligte neue Konzept zur Kenntnis, wonach die Nutzung der Räumlichkeiten, die für Ausstellungen „Erlebnis Europa“ erforderlich sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Umstände in den Mitgliedstaaten optimiert werden soll; betont, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ ein ansprechendes Besuchererlebnis bietet, damit sie für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist; fordert, dass weitere Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eingerichtet werden, wobei den Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt werden sollte, die am weitesten von den drei Arbeitsorten entfernt sind, und sicherzustellen ist, dass die Entwicklung und der Betrieb kosteneffizient sind; weist erneut darauf	16. bedauert, dass es Verzögerungen bei der Einrichtung der Ausstellung „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten gibt; nimmt das vom Präsidium am 31. März 2025 gebilligte neue Konzept zur Kenntnis, wonach die Nutzung der Räumlichkeiten, die für Ausstellungen „Erlebnis Europa“ erforderlich sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Umstände in den Mitgliedstaaten optimiert werden soll; betont, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ ein ansprechendes Besuchererlebnis bietet, damit sie für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist; fordert, dass weitere Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eingerichtet werden, wobei den Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt werden sollte, die am weitesten von den drei Arbeitsorten entfernt sind, und sicherzustellen ist, dass die Entwicklung und der Betrieb kosteneffizient sind; weist erneut darauf

hin, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ allen Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Verständnis der Funktionsweise der Unionsorgane vermitteln sollte;

hin, dass die Ausstellungen „Erlebnis Europa“ allen Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Verständnis der Funktionsweise der Unionsorgane ***und der gemeinsamen Werte der Union*** vermitteln sollen;

Or. en

Änderungsantrag 51
Victor Negrescu

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. bedauert, dass es Verzögerungen bei der Einrichtung der Ausstellung „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten gibt; nimmt das vom Präsidium am 31. März 2025 gebilligte neue Konzept zur Kenntnis, wonach die Nutzung der Räumlichkeiten, die für Ausstellungen „Erlebnis Europa“ erforderlich sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Umstände in den Mitgliedstaaten optimiert werden soll; betont, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ ein ansprechendes Besuchererlebnis bietet, damit sie für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist; fordert, dass weitere Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eingerichtet werden, wobei den Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt werden sollte, die am weitesten von den drei Arbeitsorten entfernt sind, und sicherzustellen ist, dass die Entwicklung und der Betrieb kosteneffizient sind; weist erneut darauf hin, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ allen Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Verständnis der Funktionsweise der Unionsorgane vermitteln sollte;	16. bedauert, dass es Verzögerungen bei der Einrichtung der Ausstellung „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten gibt; nimmt das vom Präsidium am 31. März 2025 gebilligte neue Konzept zur Kenntnis, wonach die Nutzung der Räumlichkeiten, die für Ausstellungen „Erlebnis Europa“ erforderlich sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Umstände in den Mitgliedstaaten optimiert werden soll; betont, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ ein ansprechendes Besuchererlebnis bietet, damit sie für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist; fordert, dass weitere Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eingerichtet werden, wobei den Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt werden sollte, die am weitesten von den drei Arbeitsorten entfernt sind, und sicherzustellen ist, dass die Entwicklung und der Betrieb kosteneffizient sind; weist erneut darauf hin, dass die Ausstellung „Erlebnis Europa“ allen Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Verständnis der Funktionsweise der Unionsorgane vermitteln sollte; ***betont, dass die diesen Ausstellungen zugewiesenen Haushaltsmittel effizient verwendet***

werden müssen, um sicherzustellen, dass sie eine wirkungsvolle Kommunikation ermöglichen; betont, dass der Verbreitung sachlicher und barrierefreier Informationen über die lokalen Auswirkungen der EU-Politik im Rahmen der Finanzierung Vorrang eingeräumt werden sollte, denn die Verbreitung solcher Informationen ist ein kosteneffizientes Instrument zum Schutz der demokratischen Integrität der Union vor Desinformation;

Or. en

Änderungsantrag 52
Julien Sanchez, Angéline Furet

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. lehnt es ab, Räumlichkeiten für Ausstellungen „Erlebnis Europa“ einzurichten, da es sich dabei um eine inakzeptable Verschwendung öffentlicher Mittel zum Nachteil der tatsächlichen Prioritäten der europäischen Bürgerinnen und Bürger handelt; betont, dass die Beibehaltung der hohen Kosten für diese weitgehend ungenutzten Infrastrukturen eine ineffiziente und unverantwortliche Verwaltung der Haushaltsmittel darstellt; prangert an, dass das Interesse an diesen Ausstellungen beschränkt ist und sie nur wenig besucht werden, und kritisiert, dass sie als Propagandainstrument genutzt werden, um eine immer stärker zentralisierte Union zu fördern, was sich nachteilig auf die Souveränität der Mitgliedstaaten auswirkt; lehnt jeden Versuch ab, diese kostspielige Initiative auszuweiten; fordert, dass für diese Ausstellungen keine weiteren Investitionen mehr getätigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 53
Karlo Ressler, Monika Hohlmeier, Andrzej Halicki, Siegfried Mureşan, Sandra Kalniete, Rasa Juknevičienė, Nils Ušakovs, Roberts Zīle

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. bekräftigt, dass die Errichtung einer gesamteuropäischen Gedenkstätte in Brüssel für die Opfer der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts unterstützt wird, und fordert das Präsidium auf, diese Angelegenheit im Hinblick auf die Annahme eines Beschlusses zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag 54
Julien Sanchez, Angéline Furet

Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16b. lehnt es ab, dass die Ausgaben für die Wartung, den Betrieb, die Reinigung und den Energieverbrauch der Verbindungsbüros und der Ausstellungen „Erlebnis Europa“ übermäßig hoch sind, was eine eindeutige und unverantwortliche Verschwendung von Steuergeldern der europäischen Bürger darstellt; bedauert, dass öffentliche Mittel für kostspielige und unnötige Infrastrukturen vergeudet werden, ohne dass es dafür eine konkrete Berechtigung oder einen echten Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger gibt;

Or. en

Änderungsantrag 55
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. begrüßt, dass das Parlament die Zielvorgaben für das System für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) für den Zeitraum 2025-2029 festgelegt hat, und fordert geeignete Maßnahmen zu deren rechtzeitiger Umsetzung;

Or. en

Änderungsantrag 56
Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ***nimmt zur Kenntnis***, dass in dem Haushaltsvoranschlag für 2027 Mittel in Höhe von 8,97 Mio. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und Umwelt ***veranschlagt wurden, um die Umweltleistung der Gebäude des Parlaments weiter zu verbessern***; ***stellt fest, dass dies einer*** Aufstockung um 6,1 % gegenüber dem Haushaltsplan von 2026 ***entspricht***;	17. ***spricht sich dagegen aus***, dass in dem Haushaltsvoranschlag für 2027 Mittel in Höhe von 8,97 Mio. EUR für Investitionen ***in Maßnahmen im Bereich*** Energieeffizienz und Umwelt ***bereitgestellt werden***; ***ist der Ansicht, dass die*** Aufstockung um 6,1 % gegenüber dem Haushaltsplan von 2026 ***in Anbetracht der immer knapper werdenden Haushaltsmittel nicht gerechtfertigt ist***; ***betont, dass die Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Umweltpolitik innerhalb des Parlaments keine Priorität darstellen sollten; fordert, dass diese Ausgaben gestrichen und die Verwaltungskosten des Parlaments insgesamt gesenkt werden; prangert an, dass öffentliche Mittel übermäßig verwendet werden, ohne dass eine strenge***

Bewertung ihrer tatsächlichen Auswirkungen vorgenommen wird; fordert, dass die Relevanz und Kosteneffizienz von Umweltinvestitionen gründlich analysiert werden, bevor weitere finanzielle Verpflichtungen eingegangen werden;

Or. en

Änderungsantrag 57
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ***nimmt zur Kenntnis***, dass in dem Haushaltsvoranschlag für 2027 Mittel in Höhe von 8,97 Mio. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und Umwelt veranschlagt wurden, ***um*** die Umweltleistung der Gebäude des Parlaments ***weiter zu verbessern***; stellt fest, dass dies einer Aufstockung um 6,1 % gegenüber dem Haushaltsplan von 2026 entspricht;	17. ***bedauert***, dass in dem Haushaltsvoranschlag für 2027 Mittel in Höhe von 8,97 Mio. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und Umwelt veranschlagt wurden, ***obwohl dadurch*** die Umweltleistung der Gebäude des Parlaments ***nicht verbessert wird***; stellt fest, dass dies einer Aufstockung um 6,1 % gegenüber dem Haushaltsplan von 2026 entspricht; ***spricht sich entschieden dagegen aus, Haushaltsmittel für den Ausgleich für die CO_2-Emissionen des Europäischen Parlaments zu verwenden (nahezu 1 Mio. EUR);***

Or. en

Änderungsantrag 58
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. nimmt zur Kenntnis, dass in dem Haushaltsvoranschlag für 2027 Mittel in	17. ***weist darauf hin, dass Investitionen in die Energieeffizienz ein***

Höhe von 8,97 Mio. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und Umwelt veranschlagt wurden, um die Umweltleistung der Gebäude des Parlaments weiter zu verbessern; stellt fest, dass dies einer Aufstockung um 6,1 % gegenüber dem Haushaltsplan von 2026 entspricht;

wichtiges Instrument sind, um die Energiekosten zu senken und damit erhebliche Einsparungen zu erzielen; begrüßt und unterstützt insbesondere angesichts des geopolitischen Kontextes die Investitionen in erneuerbare Energien und den schrittweisen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und fordert, dass dieser Umstand in der nächsten mehrjährigen Gebäudestrategie berücksichtigt wird; nimmt zur Kenntnis, dass in dem Haushaltsvoranschlag für 2027 Mittel in Höhe von 8,97 Mio. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und Umwelt veranschlagt wurden, um die Umweltleistung der Gebäude des Parlaments weiter zu verbessern; stellt fest, dass dies einer Aufstockung um 6,1 % gegenüber dem Haushaltsplan von 2026 entspricht; ***begrüßt, dass das Parlament Photovoltaik-Solarpaneele installiert hat und auch weiterhin installieren wird, um den Anteil der vor Ort erzeugten erneuerbaren Energien weiter zu erhöhen und das Ziel von 25 % zu erreichen, und fordert weitere Investitionen in Systeme für erneuerbare Energien im Einklang mit dem einschlägigen Zielvorgaben für das System für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung;***

Or. en

Änderungsantrag 59
Fabienne Keller, Lucia Yar

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. nimmt zur Kenntnis, dass in dem Haushaltsvoranschlag für 2027 Mittel in Höhe von 8,97 Mio. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und Umwelt veranschlagt wurden, um die Umweltleistung der Gebäude des	17. ***begrüßt, dass das Parlament die Zielvorgaben für das System für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) für den Zeitraum 2025-2029 festgelegt hat; weist darauf hin, dass Investitionen in die***

Parlaments weiter zu verbessern; stellt fest, dass dies einer Aufstockung um 6,1 % gegenüber dem Haushaltsplan von 2026 entspricht;	***Energieeffizienz eine bewährte Methode sind, ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erzielen;*** nimmt zur Kenntnis, dass in dem Haushaltsvoranschlag für 2027 Mittel in Höhe von 8,97 Mio. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und Umwelt veranschlagt wurden, um die Umweltleistung der Gebäude des Parlaments weiter zu verbessern; stellt fest, dass dies einer Aufstockung um 6,1 % gegenüber dem Haushaltsplan von 2026 entspricht;

Or. en

Änderungsantrag 60
Joachim Streit

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. nimmt zur Kenntnis, dass in dem Haushaltsvoranschlag für 2027 Mittel in Höhe von 8,97 Mio. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und Umwelt veranschlagt wurden, um die Umweltleistung der Gebäude des Parlaments weiter zu verbessern; stellt fest, dass dies einer Aufstockung um 6,1 % gegenüber dem Haushaltsplan von 2026 entspricht;	17. nimmt zur Kenntnis, dass in dem Haushaltsvoranschlag für 2027 Mittel in Höhe von 8,97 Mio. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und Umwelt veranschlagt wurden, um die Umweltleistung der Gebäude des Parlaments weiter zu verbessern; stellt fest, dass dies einer Aufstockung um 6,1 % gegenüber dem Haushaltsplan von 2026 entspricht; ***betont, dass sichergestellt werden muss, dass solche Investitionen zu messbaren Effizienzgewinnen und langfristigen Kosteneinsparungen führen;***

Or. en

Änderungsantrag 61
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. weist darauf hin, dass fast zwei Drittel des CO_2-Fußabdrucks des Parlaments auf die Personenbeförderung zurückzuführen sind; stellt mit Besorgnis fest, dass sich die Dienstreisekosten der Mitglieder und Bediensteten im Jahr 2027 auf 163,2 Mio. EUR belaufen, gegenüber 116 Mio. EUR im Jahr 2026; fordert, dass eine umfassende Prüfung der Reiserichtlinien des Parlaments vorgenommen wird und die Vorschriften und Verfahren für Dienstreisen mit dem übergeordneten Ziel überarbeitet werden, die Zahl der Dienstreisen und die damit verbundenen finanziellen und ökologischen Kosten zu verringern; besteht darauf, dass bei dieser Prüfung einem Dekarbonisierungsansatz für die Amtsgeschäfte im Vordergrund steht und die Möglichkeit eines Regelungsrahmens für Dienstreisen unter dem Motto „Zuerst Digital“ überprüft wird; fordert das Präsidium in diesem Zusammenhang auch auf, dafür zu sorgen, dass außerordentliche Ausschusssitzungen in Straßburg strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt und sie vor ihrer Genehmigung in jedem Einzelfall ordnungsgemäß begründet werden müssen; begrüßt, dass ab Juli 2025 ein erweitertes Angebot an Zügen für Dienstreisen nach Straßburg eingeführt wird, was einen positiven Schritt zur Senkung der CO_2-Emissionen darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 62
Fabienne Keller, Lucia Yar

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

17a. begrüßt, dass im Rahmen der geplanten Energieeffizienz- und Umweltrenovierungsmaßnahmen, die für den Zeitraum 2025 bis 2029 geplant sind, Investitionen in die Infrastruktur vorgesehen sind; bedauert jedoch, dass es in Brüssel immer noch keine Wärmepumpenanlagen gibt, die im Vergleich zu Heizkesseln mit fossilen Brennstoffen eine höhere Energieeffizienz, niedrigere Betriebskosten und geringere CO_2-Emissionen ermöglichen würden;

Or. en

Änderungsantrag 63
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. fordert seine Mitglieder auf, CO_2-arme Verkehrsmittel zu nutzen; bekräftigt seine Forderung, die Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments in Bezug auf die Erstattung flexibler Flugtickets für die Economy Class für Reisen innerhalb der Union so zu überarbeiten, dass für Flüge in die Gebiete in äußerster Randlage und aus diesen Gebieten und für Flüge mit mindestens einer Flugunterbrechung oder mit einer Flugzeit von über vier Stunden eine Ausnahmeregelung gilt; stellt fest, dass einige Mitglieder von ihrem jeweiligen Wahlkreis zu den Arbeitsorten des Parlaments weite Strecken zurücklegen müssen, die ausschließlich mit dem Flugzeug bewältigt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 64
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 17 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17c. begrüßt, dass öffentliche Verkehrsmittel vermehrt für den Pendlerverkehr genutzt werden, und nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass die Nachfrage nach dem System finanzieller Zuschüsse für Zeitkarten für öffentliche Verkehrsmittel, insbesondere in Brüssel, gestiegen ist, was zu einer erhöhten Mittelausstattung führt; fordert, dass mögliche Maßnahmen geprüft werden, mit denen eine effiziente Nutzung der Ressourcen sichergestellt werden kann, wobei nicht nur das System beibehalten, sondern auch nachhaltige Verkehrsträger für den Pendlerverkehr gefördert werden sollen;

Or. en

Änderungsantrag 65
Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt fest, dass die Haushaltsmittel für den Erwerb von CO_2-Gutschriften gegenüber 2026 weiter gestiegen sind und für 2027 auf 950 000 EUR veranschlagt werden; fordert die Verwaltung auf, die Emissionen des Parlaments, wo dies sinnvoll ist, weiter zu senken, anstatt CO_2-Gutschriften zu erwerben; begrüßt die Einführung eines erweiterten Angebots an Zügen für Dienstreisen nach	***entfällt***

Straßburg ab Juni 2025 als positiven Schritt zur Senkung der CO_2-Emissionen;

Or. en

Änderungsantrag 66
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt fest, dass die Haushaltsmittel für den Erwerb von CO_2-Gutschriften gegenüber 2026 weiter gestiegen sind und für 2027 auf 950 000 EUR veranschlagt werden; fordert die Verwaltung auf, ***die Emissionen des Parlaments, wo dies sinnvoll ist, weiter zu senken, anstatt CO_2-Gutschriften zu erwerben***; ***begrüßt die Einführung eines erweiterten Angebots an Zügen für Dienstreisen nach Straßburg ab Juni 2025 als positiven Schritt zur Senkung der CO_2-Emissionen;***	18. stellt fest, dass die Haushaltsmittel für den Erwerb von CO_2-Gutschriften gegenüber 2026 weiter gestiegen sind und für 2027 auf 950 000 EUR veranschlagt werden; fordert die Verwaltung auf, ***diese Haushaltslinie zu streichen***;

Or. en

Änderungsantrag 67
Joachim Streit

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt fest, dass die Haushaltsmittel für den Erwerb von CO_2-Gutschriften gegenüber 2026 weiter gestiegen sind und für 2027 auf 950 000 EUR veranschlagt werden; fordert die Verwaltung auf, die Emissionen des Parlaments***, wo dies sinnvoll ist,*** weiter zu senken***, anstatt CO_2-Gutschriften zu erwerben***; ***begrüßt die Einführung eines erweiterten Angebots an Zügen für Dienstreisen nach Straßburg ab Juni 2025 als positiven***	18. stellt fest, dass die Haushaltsmittel für den Erwerb von CO_2-Gutschriften gegenüber 2026 weiter gestiegen sind und für 2027 auf 950 000 EUR veranschlagt werden; ***betont, dass wirksamen Verringerungen der Emissionen an der Quelle Vorrang eingeräumt werden sollte und der Einsatz von CO_2-Gutschriften auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt werden sollte;*** fordert die Verwaltung auf, die Emissionen des

Schritt zur Senkung der CO_2-Emissionen;	Parlaments ***auf kosteneffiziente und verhältnismäßige Weise*** weiter zu senken; ***betont, dass weitere Verringerungen der Emissionen auch von der Beseitigung struktureller Ineffizienzen im Zusammenhang mit den zahlreichen Arbeitsorten des Parlaments abhängen***;

Or. en

Änderungsantrag 68
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ***stellt fest, dass die Haushaltsmittel für den Erwerb von*** CO_2-Gutschriften ***gegenüber 2026 weiter*** gestiegen sind und für 2027 auf 950 000 EUR veranschlagt werden; fordert die Verwaltung auf, die Emissionen des Parlaments, wo dies sinnvoll ist, weiter zu senken, anstatt CO_2-Gutschriften zu erwerben; ***begrüßt die Einführung eines erweiterten Angebots an Zügen für Dienstreisen nach Straßburg ab Juni 2025 als positiven Schritt zur Senkung der CO_2-Emissionen;***	18. ***nimmt zur Kenntnis, dass die Preise für*** CO_2-Gutschriften ***erheblich*** gestiegen sind und ***angesichts des derzeitigen Emissionsniveaus*** für 2027 auf 950 000 EUR veranschlagt werden ***müssen***; fordert die Verwaltung auf, die Emissionen des Parlaments, wo dies sinnvoll ist, weiter zu senken, anstatt CO_2-Gutschriften zu erwerben;

Or. en

Änderungsantrag 69
Tobiasz Bocheński

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt fest, dass die Haushaltsmittel für den Erwerb von CO_2-Gutschriften gegenüber 2026 weiter gestiegen sind und	18. stellt fest, dass die Haushaltsmittel für den Erwerb von CO_2-Gutschriften gegenüber 2026 weiter gestiegen sind und

für 2027 auf 950 000 EUR veranschlagt werden; fordert die Verwaltung auf, ***die Emissionen des Parlaments, wo dies sinnvoll ist, weiter zu senken, anstatt*** CO_2-Gutschriften ***zu erwerben***; begrüßt ***die Einführung eines erweiterten Angebots*** an Zügen für Dienstreisen nach Straßburg ***ab Juni 2025 als*** positiven Schritt zur Senkung der CO_2-Emissionen;

für 2027 auf 950 000 EUR veranschlagt werden; fordert die Verwaltung auf, ***verhältnismäßigen und kosteneffizienten Maßnahmen zur Emissionskontrolle Vorrang einzuräumen, bevor sie auf den Erwerb von*** CO_2-Gutschriften ***zurückgreift***; begrüßt***, dass ab Juli 2025 ein erweitertes Angebot*** an Zügen für Dienstreisen nach Straßburg ***eingeführt wird, was einen*** positiven Schritt zur Senkung der CO_2-Emissionen ***darstellt***;

Or. en

Änderungsantrag 70
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt fest, dass die Haushaltsmittel für den Erwerb von CO_2-Gutschriften gegenüber 2026 weiter gestiegen sind und für 2027 auf 950 000 EUR veranschlagt werden; fordert die Verwaltung auf, die Emissionen des Parlaments***, wo dies sinnvoll ist,*** weiter zu senken, ***anstatt*** CO_2-Gutschriften zu ***erwerben***; begrüßt ***die Einführung eines erweiterten Angebots*** an Zügen für Dienstreisen nach Straßburg ***ab Juni 2025 als*** positiven Schritt zur Senkung der CO_2-Emissionen;	18. stellt fest, dass die Haushaltsmittel für den Erwerb von CO_2-Gutschriften gegenüber 2026 weiter gestiegen sind und für 2027 auf 950 000 EUR veranschlagt werden; fordert die Verwaltung auf, die Emissionen des Parlaments ***durch verstärkte Investitionen in umweltschonende Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen, insbesondere in Brüssel,*** weiter zu senken, ***um den Erwerb von*** CO_2-Gutschriften ***nach Möglichkeit zu vermeiden***; begrüßt***, dass ab Juli 2025 ein erweitertes Angebot*** an Zügen für Dienstreisen nach Straßburg ***eingeführt wird, was einen*** positiven Schritt zur Senkung der CO_2-Emissionen ***darstellt***;

Or. en

Änderungsantrag 71
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag

Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. ist der Ansicht, dass das Parlament bei der Förderung der aktiven Mobilität seiner Bediensteten mit gutem Beispiel vorangehen muss, und fordert die Dienststellen auf, zusätzliche Anreize für das Pendeln mit dem Fahrrad zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang neben den Stellplätzen für Fahrräder auch innovative und erfolgreiche Maßnahmen wie den vorgeschlagenen partizipativen Fahrradmechaniker-Workshop; ist der Ansicht, dass ausreichende personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung stehen sollten, um solche Maßnahmen über das bisher Erreichte hinaus weiterzuentwickeln;

Or. en

Änderungsantrag 72
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. nimmt zur Kenntnis, dass die Nachfrage nach dem System finanzieller Zuschüsse für Zeitkarten für öffentliche Verkehrsmittel, insbesondere in Brüssel, gestiegen ist, was zu einer erhöhten Mittelausstattung führt; fordert, dass mögliche Maßnahmen geprüft werden, mit denen eine effiziente Nutzung der Ressourcen bei gleichzeitiger Beibehaltung des Systems sichergestellt werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 73
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. stellt fest, dass ein erheblicher Teil der Haushaltsmittel des Parlaments zur Deckung der Dienstreisekosten der Mitglieder und Bediensteten verwendet wird; fordert, dass die Gremien des Parlaments die Verfahren bei Dienstreisen überdenken und die Vorschriften und Verfahren für Dienstreisen mit dem übergeordneten Ziel überarbeiten, die Zahl der Dienstreisen und die damit verbundenen finanziellen und ökologischen Kosten zu senken; fordert in diesem Zusammenhang, dass die Nutzung von Flügen in der Business Class für Mitglieder und Bedienstete eingeschränkt wird, was auch für die Nutzung von Flügen in Fällen gilt, in denen Bahnreisen möglich sind;

Or. en

Änderungsantrag 74
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. weist darauf hin, dass das Programm „Botschafterschule für das Europäische Parlament“ eine wichtige Rolle spielt, wenn es gilt, das aktive Engagement junger Europäerinnen und Europäer zu fördern, und weist ferner darauf hin, dass das zu Ehren von David Sassoli nach ihm benannte Schulungsprogramm für junge Journalistinnen und Journalisten wichtig

ist, um unter Journalistinnen und Journalisten für ein besseres Verständnis der Europäischen Union und ihrer Funktionsweise zu sorgen, was – angesichts der jüngsten Entwicklungen, die einen besorgniserregenden Rückgang der Medienfreiheit und der Unabhängigkeit der Medien in der gesamten Union zeigen – das beste Mittel gegen Desinformation ist;

Or. en

Änderungsantrag 75
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 18 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18d. weist darauf hin, dass das Parlament seit 2018 im Plenum stets dafür gestimmt hat, das generelle Verbot der Teilnahme von akkreditierten parlamentarischen Assistenten an offiziellen Delegations- und Dienstreisen aufzuheben; bedauert, dass die Beschlüsse der Konferenz der Präsidenten vom März 2025 über die Durchführungsbestimmungen für Reisen außerhalb der drei Arbeitsorte des Europäischen Parlaments nicht der Forderung des Parlaments entsprachen; fordert die Konferenz der Präsidenten und das Präsidium erneut auf, die einschlägigen Artikel ihrer Geschäftsordnung unverzüglich zu ändern, um die Teilnahme von akkreditierten parlamentarischen Assistenten an offiziellen Dienstreisen und Delegationen außerhalb der drei Arbeitsorte des Parlaments zu ermöglichen, wenn dem Generalsekretariat des Parlaments kein Mitarbeiter ihrer in der Dienstreise vertretenen Fraktion offiziell zugeteilt

worden ist;

Or. en

Änderungsantrag 76
Victor Negrescu

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ist davon überzeugt, dass das Parlament in Bezug auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowohl als Arbeitgeber als auch als öffentliche Einrichtung mit gutem Beispiel vorangehen sollte; begrüßt die Strategie des Parlaments, mit der dafür gesorgt werden soll, dass Menschen mit Behinderungen die Parlamentsgebäude vollkommen selbstständig nutzen können, und unterstützt weitere Maßnahmen und Anpassungen, die in diesem Zusammenhang notwendig sind; stellt fest, dass im Haushaltsplan zu diesem Zweck 2,07 Mio. EUR für seine Gebäude in Straßburg vorgesehen sind;	19. ist davon überzeugt, dass das Parlament in Bezug auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowohl als Arbeitgeber als auch als öffentliche Einrichtung mit gutem Beispiel vorangehen sollte; begrüßt die Strategie des Parlaments, mit der dafür gesorgt werden soll, dass Menschen mit Behinderungen die Parlamentsgebäude vollkommen selbstständig nutzen können, und unterstützt weitere Maßnahmen und Anpassungen, die in diesem Zusammenhang notwendig sind; stellt fest, dass im Haushaltsplan zu diesem Zweck 2,07 Mio. EUR für seine Gebäude in Straßburg vorgesehen sind; ***fordert, dass bei allen neuen Infrastrukturprojekten und digitalen Aktualisierungen ein Ansatz des „universellen Designs“ verfolgt wird, um sicherzustellen, dass das Europäische Parlament ein vollständig inklusiver Arbeitsplatz und eine vollständig inklusive Institution bleibt; betont, dass die Barrierefreiheit ein Hauptkriterium bei der Renovierung des SPAAK-Gebäudes und bei der Entwicklung aller digitalen Plattformen sein sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 77
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. ist der Ansicht, dass ehemaligen Mitgliedern keine allgemeine Kostenvergütung gezahlt werden sollte; fordert daher, dass Artikel 42 Absatz 4 der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut gestrichen wird;

Or. en

Änderungsantrag 78
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. bedauert, dass beabsichtigt ist, für die Sammlung des Hauses der Europäischen Geschichte 1 Mio. EUR auszugeben, während die europäischen Bürgerinnen und Bürger wirtschaftlich schwierigen Zeiten gegenüberstehen;

Or. en

Änderungsantrag 79
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. begrüßt die jüngsten Initiativen, die von der Konferenz der Präsidenten und dem Präsidium gebilligt wurden und darauf abzielen, dass die Mitglieder während der Perinatalperiode ihre Stimme durch Bevollmächtigte abgeben

können, nimmt dies als einen positiven Schritt hin zu mehr Inklusivität in der parlamentarischen Arbeit zur Kenntnis und fordert alle Parteien auf, die Maßnahmen rasch umzusetzen; besteht jedoch darauf, dass diese Maßnahme hinter den wiederholten Forderungen des Parlaments zurückbleibt, die Stimmrechte nicht nur für Mitglieder in der Perinatalperiode, sondern auch für Mitglieder in Elternzeit oder mit einer nachgewiesenen langfristigen Krankheit sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 80
Kai Tegethoff

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. fordert das Präsidium auf, die Vorschriften zu überarbeiten und eine Karenzzeit für ehemalige Mitglieder einzuführen, in der diese weder Lobbytätigkeiten noch repräsentativen Tätigkeiten beim Parlament nachgehen dürfen und die der Zeit entspricht, während der Mitglieder ein Übergangsgeld erhalten;

Or. en

Änderungsantrag 81
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. ist sehr besorgt darüber, dass das

Europäische Parlament beabsichtigt, Haushaltsmittel für „Einladungen von Meinungsmultiplikatoren aus Drittländern“ auszugeben; stellt infrage, ob dies notwendig und politisch neutral ist;

Or. en

Änderungsantrag 82
Kai Tegethoff, Maria Ohisalo

Entschließungsantrag
Ziffer 19 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19c. hebt hervor, dass die Auslagerung von Kinderbetreuungsdiensten des Parlaments an gewinnorientierte Unternehmen zu Personalmangel, übermäßiger Abwesenheit, prekären Arbeitsbedingungen und Fluktuation bei den Auftragnehmern geführt hat, was die Qualität, Kontinuität und Stabilität der Betreuung beeinträchtigt, was sich wiederum unmittelbar auf das Wohlbefinden und die Entwicklung der Kinder auswirkt; stellt ferner fest, dass die Anwendung des belgischen Arbeitsrechts, einschließlich der vom Parlament abweichenden Urlaubskalender, den reibungslosen Betrieb der Kinderkrippen beeinträchtigt; fordert das Präsidium und den Generalsekretär auf, das Auslagerungsmodell für Kinderbetreuungsdienste des Parlaments zu überdenken und die schrittweise Internalisierung des Personals ab 2027 zu prüfen oder, falls die Auslagerung beibehalten wird, gemeinnützigen Anbietern den Vorzug zu geben und strengere Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen einzuführen, mit denen hohe und faire Arbeitsnormen, Transparenz und angemessene Investitionen in das Personal,

einschließlich Schulungen, Kompetenzentwicklung und Wohlbefinden des Personals, sichergestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 83
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 19 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19c. bekräftigt, dass menschenwürdige Arbeitsbedingungen für externes Personal bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Parlaments grundsätzlich vorrangig berücksichtigt werden sollten; fordert den Generalsekretär auf, konkrete Mittel und Wege aufzuzeigen, mit denen das Parlament zur Erreichung des in der EU-Richtlinie über Mindestlöhne festgelegten Ziels einer tarifvertraglichen Abdeckung von 80 % in seinen Gastländern beitragen kann;

Or. en

Änderungsantrag 84
Auke Zijlstra

Entschließungsantrag
Ziffer 19 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19c. nimmt zur Kenntnis, dass beabsichtigt ist, 20 000 EUR für einen „Ausschuss unabhängiger Persönlichkeiten“ auszugeben; betont, dass das Europäische Parlament Geld für die bedeutenden Bürgerinnen und Bürger Europas ausgeben sollte und nicht für

einen Club politischer Freunde; stellt infrage, ob Personen, die bezahlt werden, tatsächlich unabhängig sind;

Or. en

Änderungsantrag 85
Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. ***bekräftigt seine Forderung an*** den Generalsekretär, das Grundprinzip zu bekräftigen, dass alle Einstellungen auf der Grundlage von Kompetenzen erfolgen müssen***, wobei gleichzeitig auf allen Personalebenen eine geografisch ausgewogene Verteilung hinsichtlich aller Mitgliedstaaten sicherzustellen ist***; ***betont, dass eine ausgewogene geografische Zusammensetzung von wesentlicher Bedeutung ist, um einen europäischen öffentlichen Dienst, der seinem Namen gerecht wird, zu fördern; stellt fest, dass das Parlament Maßnahmen für dieses Ziel ergriffen hat, darunter die Organisation von nationalitätsspezifischen Auswahlverfahren;*** betont, dass die Auswahlverfahren beschleunigt werden müssen, wobei jedoch eine streng auf Leistung basierende Auswahl beibehalten werden muss;	20. ***fordert*** den Generalsekretär ***erneut auf***, das Grundprinzip zu bekräftigen, dass alle Einstellungen auf der Grundlage von Kompetenzen erfolgen müssen; betont, dass die Auswahlverfahren beschleunigt werden müssen, wobei jedoch eine streng auf Leistung basierende Auswahl beibehalten werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 86
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. ***bekräftigt seine Forderung an*** den Generalsekretär, das Grundprinzip zu bekräftigen, dass alle Einstellungen auf der Grundlage von Kompetenzen erfolgen müssen, wobei gleichzeitig auf allen Personalebenen eine geografisch ausgewogene Verteilung hinsichtlich aller Mitgliedstaaten sicherzustellen ist; betont, dass eine ausgewogene ***geografische*** Zusammensetzung von wesentlicher Bedeutung ist, um einen europäischen öffentlichen Dienst, der seinem Namen gerecht wird, zu fördern; stellt fest, dass das Parlament Maßnahmen für dieses Ziel ergriffen hat, darunter die Organisation von nationalitätsspezifischen Auswahlverfahren; betont, dass die Auswahlverfahren beschleunigt werden müssen, wobei jedoch eine streng auf Leistung basierende Auswahl beibehalten werden muss;	20. ***fordert*** den Generalsekretär ***erneut auf***, das Grundprinzip zu bekräftigen, dass alle Einstellungen auf der Grundlage von Kompetenzen erfolgen müssen, wobei gleichzeitig auf allen Personalebenen eine geografisch ausgewogene Verteilung hinsichtlich aller Mitgliedstaaten sicherzustellen ist; betont, dass eine ausgewogene Zusammensetzung***, auch in Bezug auf Alter und Geschlecht,*** von wesentlicher Bedeutung ist, um einen europäischen öffentlichen Dienst, der seinem Namen gerecht wird, zu fördern; stellt fest, dass das Parlament Maßnahmen für dieses Ziel ergriffen hat, darunter die Organisation von nationalitätsspezifischen Auswahlverfahren; betont, dass die Auswahlverfahren beschleunigt werden müssen, wobei jedoch eine streng auf Leistung basierende Auswahl beibehalten werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 87
Victor Negrescu

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. ***bekräftigt seine Forderung an*** den Generalsekretär, das Grundprinzip zu bekräftigen, dass alle Einstellungen auf der Grundlage von Kompetenzen erfolgen müssen, wobei gleichzeitig auf allen Personalebenen eine geografisch ausgewogene Verteilung hinsichtlich aller Mitgliedstaaten sicherzustellen ist; betont, dass eine ausgewogene geografische Zusammensetzung von wesentlicher Bedeutung ist, um einen europäischen öffentlichen Dienst, der seinem Namen gerecht wird, zu fördern; stellt fest, dass	20. ***fordert*** den Generalsekretär ***erneut auf***, das Grundprinzip zu bekräftigen, dass alle Einstellungen auf der Grundlage von Kompetenzen erfolgen müssen, wobei gleichzeitig auf allen Personalebenen eine geografisch ausgewogene Verteilung hinsichtlich aller Mitgliedstaaten sicherzustellen ist; betont, dass eine ausgewogene geografische Zusammensetzung von wesentlicher Bedeutung ist, um einen europäischen öffentlichen Dienst, der seinem Namen gerecht wird, zu fördern; stellt fest, dass

das Parlament Maßnahmen für dieses Ziel ergriffen hat, darunter die Organisation von nationalitätsspezifischen Auswahlverfahren; betont, dass die Auswahlverfahren beschleunigt werden müssen, wobei jedoch eine streng auf Leistung basierende Auswahl beibehalten werden muss;	das Parlament Maßnahmen für dieses Ziel ergriffen hat, darunter die Organisation von nationalitätsspezifischen Auswahlverfahren; betont, dass die Auswahlverfahren beschleunigt werden müssen, wobei jedoch eine streng auf Leistung basierende Auswahl beibehalten werden muss; ***fordert, dass ein konkreter Fahrplan mit klaren Jahreszielen und Überwachungsindikatoren aufgestellt wird, um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten auf allen Verwaltungsebenen, insbesondere in den höheren und mittleren Führungspositionen, angemessen vertreten sind;***
	Or. en

Änderungsantrag 88
Victor Negrescu

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. fordert, dass angesichts der zunehmenden Auswirkungen ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, insbesondere im Zusammenhang mit der Russischen Föderation, in der Region ein Pilotprojekt zur Bekämpfung von Desinformation in den Mitgliedstaaten, die hybriden Bedrohungen besonders ausgesetzt sind, darunter auch Rumänien, auf den Weg gebracht wird, wobei der Schwerpunkt auf digitaler Kompetenz, der Zusammenarbeit mit lokalen Behörden, der Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien sowie der Entwicklung von Instrumenten, mit denen koordinierte Manipulationskampagnen erkannt und bekämpft werden können, liegen sollte, und fordert, das Projekt mit angemessener finanzieller Unterstützung

auszustatten;

Or. en

Änderungsantrag 89
Victor Negrescu

Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20b. fordert, dass dem Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments zusätzliche Mittel zugewiesen werden, um eine evidenzbasierte Politikgestaltung zu stärken, unter anderem durch verbesserte Vorausschau, Folgenabschätzungen und durch für die Mitglieder zugängliche Forschungsergebnisse; fordert ferner, dass für die Reflexionsgruppe angesichts ihres Beitrags zur politischen Reflexion und zu langfristigen politischen Überlegungen innerhalb des Europäischen Parlaments angemessene Mittel bereitgestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 90
Victor Negrescu

Entschließungsantrag
Ziffer 20 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20c. fordert, dass die an junge Menschen gerichtete Öffentlichkeitsarbeit ausgeweitet wird, insbesondere durch Leitinitiativen wie das Programm „Botschafterschule für das Europäische Parlament“, darunter Sensibilisierungskampagnen und

Bildungsaktivitäten in Schulen, um die Medienkompetenz und die Resilienz gegen Desinformation zu fördern; fordert in diesem Zusammenhang, dass die Mittel für gedrucktes Bildungsmaterial für Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen, auch in ländlichen und benachteiligten Gebieten, aufgestockt und gezielt eingesetzt werden, um das Verständnis für die Europäische Union und ihre Werte zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 91
Victor Negrescu

Entschließungsantrag
Ziffer 20 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20d. fordert, dass die Außenstelle des Europäischen Parlaments in der Republik Moldau durch eine Aufstockung der finanziellen und personellen Ressourcen gestärkt wird, um die strategische Kommunikation zu verbessern, die demokratische Resilienz zu fördern und Desinformationen in der Region entgegenzuwirken;

Or. en

Änderungsantrag 92
Isabel Benjumea Benjumea

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. betont, dass die Mehrsprachigkeit ein wesentlicher Grundsatz ist, auf dem die Arbeit des Parlaments beruht; fordert, dass	21. betont, dass die Mehrsprachigkeit ein wesentlicher Grundsatz ist, auf dem die Arbeit des Parlaments beruht; ***weist darauf***

sich das Parlament, wo dies möglich ist, wichtige technologische Entwicklungen bei Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Mehrsprachigkeit, einschließlich der Entwicklung und Nutzung von KI, zunutze macht;	***hin, dass es daher notwendig ist, die Arbeit des Parlaments in den 24 Amtssprachen der Union zu gewährleisten;*** fordert, dass sich das Parlament, wo dies möglich ist, wichtige technologische Entwicklungen bei Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Mehrsprachigkeit, einschließlich der Entwicklung und Nutzung von KI, zunutze macht;
	Or. en

Änderungsantrag 93
Julien Sanchez, Angéline Furet

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. lehnt es ab, die Haushaltslinie für die Programme zum Aufbau von Kapazitäten der Parlamente von Drittländern, das Programm für Nachwuchspolitiker aus Drittländern sowie die an Meinungsmultiplikatoren aus Drittländern gerichteten Einladungen zu finanzieren; ist der Ansicht, dass dies eine ungerechtfertigte Einmischung darstellt und unnötige Ausgaben verursacht, die nicht in den Aufgabenbereich des Europäischen Parlaments fallen; betont, dass öffentliche Mittel für ideologische Tätigkeiten mit begrenztem Mehrwert verwendet werden, während die europäischen Bürgerinnen und Bürger eine rigorose und verantwortungsvolle Verwaltung der Haushaltsmittel erwarten; weist darauf hin, dass sich das Europäische Parlament auf seine wichtigsten legislativen Tätigkeiten konzentrieren sollte, anstatt Programme zu finanzieren, die keine spürbaren Auswirkungen auf die Europäerinnen und Europäer haben;

Or. en

Änderungsantrag 94
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. stellt fest, dass sich die Dienstreisekosten der Mitglieder und Bediensteten im Jahr 2027 auf 163,2 Mio. EUR belaufen, gegenüber 116 Mio. EUR im Jahr 2026; fordert, dass die Gremien des Parlaments die Verfahren bei Dienstreisen überdenken und die Vorschriften und Verfahren für Dienstreisen mit dem übergeordneten Ziel überarbeiten, die Zahl der Dienstreisen und die damit verbundenen finanziellen und ökologischen Kosten zu senken;

Or. en

Änderungsantrag 95
Fabienne Keller, Joachim Streit, Lucia Yar

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert das Präsidium auf, die allgemeine Kostenvergütung nicht zu indexieren und so erhebliche Einsparungen bei den im Statut vorgesehenen Kosten zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 96
Sandra Gómez López

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. hebt hervor, dass Anträge, über die das Plenum abstimmt, mit hoher Priorität umgesetzt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 97
Fabienne Keller, Lucia Yar

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. begrüßt, dass der Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments gezielt überarbeitet wurde, um den Mitgliedstaaten die Einführung der Stimmrechtsvertretung zu ermöglichen, sodass Mitglieder des Europäischen Parlaments, die Rechte im Zusammenhang mit der Mutterschaft in Anspruch nehmen, ihr Stimmrecht im Plenum an ein anderes Mitglied ihrer Wahl delegieren können und das Europäische Parlament bei der Förderung der Fairness und der Inklusion in den Institutionen mit gutem Beispiel vorangehen kann; fordert das Präsidium jedoch erneut auf, wie bereits mehrfach im Plenum beschlossen, die zuständigen Gremien damit zu beauftragen, über eine technische Lösung nachzudenken, die es den Mitgliedern ermöglicht, ihr Recht auf Fernabstimmung bei der Inanspruchnahme von Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaub und bei attestierten chronischen Erkrankungen wahrzunehmen, wobei die während der

Pandemie in Bezug auf die technischen Aspekte dieser Abstimmungsverfahren gewonnenen Erkenntnisse genutzt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 98
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. nimmt zur Kenntnis, dass das Gericht des Gerichtshofs der Europäischen Union in seinem Urteil vom 17. Dezember 2025 die Rechtmäßigkeit der vom Präsidium im Jahr 2023 angenommenen Maßnahmen in Bezug auf den Freiwilligen Pensionsfonds für die Mitglieder bestätigt hat; hebt hervor, dass durch diese Maßnahmen die leistungsorientierten Verpflichtungen zwar um 63 % gesenkt wurden, der Fonds jedoch nach wie vor in einer sehr prekären finanziellen Lage ist; geht davon aus, dass Informationen über die weiteren Entwicklungen im Bereich der freiwilligen Ruhegehaltsregelung vorgelegt werden;

Or. en

Änderungsantrag 99
Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. nimmt den Haushaltsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2027 an;	***entfällt***

Or. en